

NEWSLETTER

Herausgeber:
PERSPECTIVE CH, Postfach 2111, 5001 Aarau

JULI 2009

Sehr geehrte Damen und Herren

In den letzten 12 Monaten mussten die Wirtschaftsprognosen für die Weltwirtschaft laufend nach unten korrigiert werden.

Vom Phänomen der Wachstumsschwäche ist praktisch die ganze Welt betroffen und die Industrieländer werden erstmals seit dem 2. Weltkrieg ein Negativwachstum aufweisen. Der Einbruch der Weltwirtschaft hinterlässt insbesondere auch in Deutschland tiefe Spuren und es wird ein Rückgang des Bruttoinlandproduktes von -6,1% im 2009 in unserem nördlichen Nachbarland, beim bedeutendsten Wirtschaftspartner, prognostiziert.

Die Aussichten der exportorientierten Schweizerischen Maschinenindustrie werden immer düsterer. Eine Reihe von Unternehmen im Automobilzulieferbereich und im Sektor von Produktionsmaschinen und Einrichtungen beklagen Einbrüche von weit über 50%! In diesen auslandsabhängigen Branchen bringen die hierzulande anlaufenden Konjunkturprogramme so gut wie nichts. Erfreulich ist immerhin, dass die Bauwirtschaft und die Binnenwirtschaft orientierten Unternehmen bis jetzt kaum oder weniger von der Wirtschaftskrise betroffen sind.

Auch wenn die neusten Wirtschaftsprognosen vor allem für China und die USA wieder etwas positiver aussehen: Die wirtschaftliche Erholung wird wohl bis 2010 auf sich warten lassen und nur sehr verhalten verlaufen.

Für viele Firmen und Mitbürger sind die Folgen dieser Wirtschaftskrise mit herben Verlusten und einschneidenden Massnahmen verbunden. Wenn in dieser Situation nun staatliche Institutionen bzw. der planwirtschaftsähnlichen Aufsicht des Bundes und der Kantone unterworfenen Institutionen und Bereiche mit zum Teil massiven Preiserhöhungen aufwarten, dann ist das nicht nur unverständlich sondern geradezu skandalös. Wir werden damit offensichtlich Zeitzeugen wie tief der staatlich gelenkte Karren wirklich «im Dreck festsitzt».

Wachstum des realen BIP (in % gegenüber dem Vorjahr)					
	2008	2009	2010	Q4 09	Q4 10
USA	1.1	-2.8	0.9	-1.7	1.5
Japan	-0.7	-6.8	0.7	-3.6	0.8
Euro-Zone	0.5	-4.8	0.0	-3.6	0.0
Deutschland	1.0	-6.1	0.2	-4.3	0.7
Frankreich	0.3	-3.0	0.2	-2.0	1.1
Italien	-1.0	-5.5	0.4	-3.8	1.3
Spanien	1.2	-4.2	-0.9	-4.3	0.3
Grossbritannien	0.7	-4.3	0.0	-3.3	1.1
Schweiz	1.6	-2.7	-0.7	-2.1	1.3
OECD-Raum	0.8	-4.1	0.7	-2.6	1.5
Brazilien	5.1	-0.8	4.0		
China	9.0	2.7	9.3		
Indien	6.5	5.9	7.2		
Russische Föderation	5.6	-6.8	3.7		
Weltweit	2.4	-2.2	2.3		
Durchschnittliche Arbeitslosenquote (%)					
USA	5.6	9.3	10.1	10.0	10.1
Japan	4.0	5.2	5.7	5.6	5.8
Euro-Zone	7.5	10.0	12.0	11.1	12.3
Deutschland	7.3	8.7	11.6	10.3	11.8
Frankreich	7.4	9.7	11.2	10.6	11.3
Italien	6.8	8.4	10.2	9.4	10.5
Spanien	11.3	18.1	19.6	19.1	19.8
Grossbritannien	5.7	8.2	9.7	9.1	9.8
Schweiz	3.5	4.5	5.1	4.9	5.3
OECD-Raum	6.9	8.5	9.8	9.4	9.9

Quelle: OECD Wirtschaftsausblick Juni 09/NZZ 144

Aus dem Inhalt

1. Unglaublich: Staatlich verordnete und tolerierte Preiserhöhungen mitten in der Wirtschaftskrise
2. Grenzenlose Bürokratie: Hürdenlauf der Unternehmer
3. Haben Sie gewusst, ...
4. Kommentar – Wer solche Freunde hat, braucht keine Feinde mehr
5. Staatsfinanzen auf gefährlichem Pfad
6. Mitgliederversammlung 11. November 2008
7. Öffentliche Veranstaltung vom 11. November 2008 im Anschluss an die Mitgliederversammlung
8. Öffentliche Veranstaltung von PERSPECTIVE CH zusammen mit der AARGAUISCHEN INDUSTRIE- UND HADELSKAMMER 12. Mai 2009 in Lupfig
9. Publikationen
10. Mitgliederwerbung

1. Unglaublich: Staatlich verordnete und tolerierte Preiserhöhungen mitten in der Wirtschaftskrise

PRÄMIENSCHOCK KRANKENVERSICHERUNGEN

Dass die Bevölkerung einen Krankenkassenprämienanstieg von bis zu 20% absorbieren soll ist unakzeptabel. Es interessiert dabei überhaupt nicht, ob dies eine Frage ist der Spitalstrukturen, der Medikamentenpreise oder der bundesrätlich verordneten Reservenpolitik der Krankenversicherer. Auch macht es wenig Sinn sich noch lange mit «Pflasterlipolitik» zu befassen und mit irgendwelchen Scheinlösungen Zeit zu verlieren. Nach jahrelangen laufenden Prämienerrhöhungen haben die Versicherten, wir alle, **Anrecht auf eine Prämienverbilligung**. Insbesondere in der aktuellen Wirtschaftssituation.

Bundesrat und Parlament müssen sich endlich für eine von 2 möglichen Lösungsstrategien entscheiden:

Folgen des Ärztestops und der Ausbildungs-Beschränkung:

«DEUTSCHE ÄRZTE FÜR SCHWEIZER PRAXEN»

Unter diesem Titel bietet der SWISS-GERMAN CLUB eine neue Dienstleistung an und schreibt in seiner Mitteilung vom 28.5.09: «Schweizer Ärzte haben Schwierigkeiten einen entsprechenden Nachfolger für ihre Arztpraxen zu finden! Der SWISS GERMAN CLUB hat sich dem Thema angenommen und vermittelt interessierten Ärzten in der Schweiz mögliche Nachfolger aus Deutschland»

- **VERSTAATLICHUNG DES GESUNDHEITSWESENS:**
An den planwirtschaftlichen Ansätzen und Überregulierung im Gesundheitswesen wird festgehalten: Damit verpflichten sich Bund und Kantone endlich kostenwirksame Entscheidungen zu treffen und zwar zu Gunsten **aller** Versicherten.
- **PRIVATISIERUNG DES GESUNDHEITSWESENS:**
Alle Leistungserbringer sind umgehend **und konsequent** durch Privatisierung in die freie Marktwirtschaft zu entlassen und ein Grossteil der letztlich preistreibenden Regulierungen aufzuheben. Die Betroffenen (Ärzte, Spitäler aber auch Versicherer) sind dann dem Kräftespiel von Angebot und Nachfrage unterworfen, was erfahrungsgemäss immer zu günstigeren Angeboten und besserer Qualität führen muss und im Interesse der Versicherten liegen muss.

Wie auch immer: «Tough times are ahead» und die Politik ist gefordert, im Dossier Gesundheitspolitik Verantwortung zu übernehmen und in die eine oder andere der beiden Richtungen zu entscheiden. **Nur bitte eines nicht mehr: So tun als ob unser Gesundheitswesen privatwirtschaftlich ausgerichtet sei und mit einer Riesenfülle von Auflagen letztlich alles verteuern und die Entwicklung behindern.**

MEHRWERTSTEUERERHÖHUNG ZUR IV-SANIERUNG

Statt die Erhöhung der Kaufkraft für die Bevölkerung mit einer Mehrwertsteuersenkung einzuleiten, beantragen uns Bundesrat und die Mehrheit des Parlamentes in einer wirtschaftlich rezessiven Zeit eine Mehrwertsteuererhöhung von 0,4% zur Sanierung der IV.

In der Invalidenversicherung sind heute Schulden von 12 Milliarden Franken aufgelaufen, das ist zugegeben gewaltig. Nur: Gerade deshalb darf es nicht in Frage kommen, dieses Sozialwerk mittels Steuererhöhungen zu sanieren, ohne es wieder mit griffigen Massnahmen auf einen kostendeckenden Kurs zu führen.

Unsere Sozialwerke sind geschaffen worden, um Notsituationen zu begegnen. Wer Hilfe benötigt, soll diese auch erhalten. – Aber unsere Sozialwerke sind nicht dazu da, dass sie (von einer Minderheit) aufs Übelste missbraucht werden. Die uneingeschränkte Bekämpfung von Missbräuchen ist eine der Voraussetzungen, um auf die angestrebte Mehrwertsteuererhöhung verzichten zu können.

Immer nach dem Grundsatz, dass der Staatshaushalt vor allem mit weniger Ausgaben anstatt mit neuen Einnahmen zu sanieren ist.

CO₂ HEIZÖL ABGABE ERHÖHEN

Mit einer Erhöhung der CO₂ Abgabe von 3 auf 9 Rappen pro Liter soll, so das Departement Leuenberger, offenbar ein Beitrag zum Umweltschutz geleistet werden.

Auch hier ein falsches Mittel zum falschen Zeitpunkt, denn:

- A. Wird sich die Massnahme als so gut wie wirkungslos erweisen, ist doch die geplante Erhöhung wesentlich kleiner als die nachfrage- und spekulationsbedingten Ölpreisschwankungen auf dem Weltmarkt.
- B. Hat beispielsweise die Schweizerische Maschinen-, Elektro- und Metallindustrie ihre CO₂ Emissionen deutlich stärker gesenkt als vom CO₂-Gesetz verlangt (fast Halbierung seit 1991).

Es ist deshalb nicht einzusehen, weshalb Private und Industrie mit weitgehend wirkungslosen Lenkungsabgaben und Mehrkosten belastet werden sollen. Allein schon der Gedanke eines solchen Schrittes passt weder in die gegenwärtige Wirtschaftskrise noch zu der von den gleichen Exponenten geführten Diskussion zur Lancierung eines weiteren Konjunkturunterstützungspaketes!

AUTOMOBILSTEUERERHÖHUNG (KANTON AARGAU)

Nachdem der Souverän im Kanton Aargau vor einigen Jahren eine Erhöhung der Motorfahrzeugsteuer unmissverständlich ablehnte, soll nun offenbar in einem weiteren Anlauf versucht werden, mit einer 20% Erhöhung der kantonalen Motorfahrzeugsteuer die Staatskasse zu füllen. Auch diesem Projekt wird selbstverständlich ein umweltschützerisches Mäntelchen verpasst und versucht, diese Erhöhung schmackhaft zu machen.

Nein! Umweltfreundliche Autos werden nicht in Aarau und nicht mit Motorfahrzeugsteuererhöhungen produziert sondern durch Wissenschaftler und Ingenieure in den Automobilkonzernen Europas, Japans und den USA. Und die brauchen zur Zeit dringend Aufträge und keine absatzhemmenden Massnahmen.

STROMPREISERHÖHUNGEN

Mit dem Zuschlag auf der Stromrechnung, also einer neuen Zwecksteuer, sollen jährlich 350 Millionen Franken in die Förderung von erneuerbaren Energien fließen. Nutzniesser wären Wasser-, Wind-, Biomasse- und Solar-kraftwerke. Allerdings: Viele zur Subventionierung angemeldeten Wasser- und Windkraftwerke dürften aus Gründen des Gewässer- und Landschaftsschutzes wohl nie realisiert werden.

Warum bietet eine Mehrheit des Parlamentes laufend Hand zu weiteren staatlich verordneten Preiserhöhungen? Preiserhöhungen, welche für Grossverbraucher eine Teuerung von weit mehr als 10% betragen.

Ein Drittel des gesamten schweizerischen Stromkonsums entfällt auf die Industrie, ein weiterer Drittel auf die Haushalte. Das Preisniveau für Industriestrom liegt mit der beschlossenen Teuerung im europäischen Vergleich damit überdurchschnittlich hoch.

Fazit: Seit der Einführung der subventionierten Stromerzeugung aus erneuerbaren Energien werden die staatlich verordneten Strompreiserhöhungen immer grösser und unübersichtlicher. **Weiteren Plänen zur Verteuerung der elektrischen Energie muss deshalb eine klare Absage erteilt werden.**

UND JETZT AUCH DAS NOCH: BUNDES RAT COUCHEPIN SIEHT EU BEITRITTSDEBATTE ALS CHANCE IN DER KRISE!

Allen ernstes lancierte der scheidende Bundesrat Mitte März die Idee einer «EU-Beitrittsdebatte» anlässlich eines Symposiums im österreichischen Linz. Statt hierzulande die Probleme anzugehen hat Bundesrat Pascal Couchepin die Idee (und er scheint damit nicht allein zu sein), dass «jedenfalls die Zeit momentan mehr für die Annäherung zur EU als für die Distanz spreche».

NEIN, SO GEHT'S NICHT HERR COUCHEPIN!

2. Grenzenlose Bürokratie: Hürdenlauf der Unternehmer

Otto Suhner, Präsident PERSPECTIVE CH



Die administrativen Umtriebe, und die Regelungsdichte sind in den vergangenen Jahren stark angewachsen, vor allem in der Sozial-, Umwelt- und der Gesundheitspolitik. Kaum ein Bereich im Berufs- oder Privatleben ist nicht gesetzlich geregelt.

Eine unheimliche Fülle von Regulierungen bremsen Unternehmungen, schaden der Konkurrenzfähigkeit und kosten. Sie binden Zeit, Know-how und Geld, welches die Firmen für die Bewältigung der Bürokratie einsetzen müssen, anstatt dieses für Innovationen und Investitionen verwenden zu können.

BEILAGE: LISTE DER AMTLICHEN HÜRDEN

Erhebungen in einem KMU der Maschinen und Metallverarbeitungsindustrie

Durch die Zunahme von Gesetzen, Verordnungen, Behörden und Inspektoren haben kleine bis mittlere Unternehmen heute jährlich mit über vierzig verschiedenen staatlichen Amtsstellen und Unterabteilungen oder anderweitigen Instanzen zu tun, welche kontrollieren, inspizieren, abrechnen, einfordern und verwalten. Dabei sind die Gewerkschaften und der bürokratische Verkehr mit Banken und Versicherungen nicht berücksichtigt.

DURCHSCHNITTliche ADMINISTRATIVE BELASTUNG DER KMU

(Quelle: SGV)

	CH	ZH
Arbeits- und Sozialrecht	20h/Mt	22 h/Mt
Steuern und Abgaben	12h/Mt	20 h/Mt
Statistik	2h/Mt	2h/Mt
Betrieb / Genehmigung	17h/Mt	32 h/Mt
Umwelt	4h/Mt	3h/Mt
TOTAL	55h/Mt	79h/Mt
GESAMT-KOSTEN PRO JAHR	26 000.-	36 000.-

Diese Durchschnittswerte beziehen sich auf ein kleineres KMU mit rund 7 Mitarbeitern

Zweifellos: Die Bürokratie für die Betriebe hat das Zumutbare überschritten und dennoch geschieht seit Jahren wenig, dieses Übel anzupacken.

Ein aktuelles Beispiel ist die Einführung des unseligen **neuen Lohnausweises**: Man sprach davon, es gehe «nur um ein Formular», die KMU würden dadurch kaum viel stärker als bisher belastet. In der Folge wurde der Bundesrat aufgefordert, eine Nachevaluation durchzuführen. Resultat: Die von den Steuerverwaltungen erhofften Mehreinnahmen belaufen sich auf 15 Millionen Franken, welchem ein Kostenaufwand bei den KMU von 500 Millionen Franken gegenübersteht. Das Missverhältnis zwischen Nutzen und Aufwand dürfte wohl nicht offensichtlicher sein wie dieses Beispiel zeigt.

Allein die Gesetzesseiten des Bundes sind in letzter Zeit exponentiell angewachsen: 1990 = 2.062 Seiten, 2000 = 3.112 Seiten und 2005 bereits wieder verdoppelt auf 6.684 Seiten.

Es muss gelingen, Gewerbe und KMU von der bisherigen Bürokratie markant und nachhaltig zu entlasten. Damit würden respektable Beiträge in den KMU für Investitionen frei. Mit anderen Worten eine Wirtschaftsförderung welche Konjunkturprogramme (ohne Kosten für den Steuerzahler!) überflüssig machen würde.

3. Haben Sie gewusst, ...

Luzi Stamm, Nationalrat, Baden



dass allein in den vier Tagen der Sonder-Session im April 2009 im Nationalrat vier wichtige Entscheide getroffen wurden, die uns der EU näher bringen?

1. Am 30. April stimmte der Nationalrat (mit 109 zu 54 Stimmen) gegen einen Rückzug unseres EU-Beitritt-Gesuchs, das noch immer in Brüssel liegt. Weshalb soll man an diesem Gesuch festhalten, wenn man wirklich nicht beitreten will?
2. Am 29. April stimmte der Nationalrat (95 zu 73) für die einseitige Einführung des «Cassis-de-Dijon-Prinzips». Damit sollen alle Waren, die irgendwo in der EU zugelassen sind, ohne weitere Prüfung in die Schweiz importiert werden können. Unverzeihlich ist, dass die Schweiz kein Gegenrecht fordert (Schweizer Waren müssen beim Export in die EU noch immer die alten Prüfungsverfahren durchlaufen). Einmal mehr werden EU-Vorschriften ohne Gegenleistung übernommen, den Nachteil tragen die Schweizer Produzenten.
3. Der Nationalrat hiess am 28. April (87 zu 42) das «Schengen-Informationsaustausch-Gesetz» (SIAG) gut. Damit wird ein automatischer Informationsaustausch von Daten zwischen der Schweiz und der EU so umgesetzt, wie dies durch den Bundesrat in der Abstimmungsbroschüre zu Schengen (Abstimmung 5. Juni 2005) noch abgelehnt und bestritten worden ist. Mit dem neuen Gesetz wird der Möglichkeit Tür und Tor geöffnet, den EU-Behörden unaufgefordert heikle Daten zur Verfügung zu stellen.
4. Der Nationalrat stimmte am 28. April (80 zu 67) für die «Verfassungsgerichtsbarkeit», womit die zuständige Kommission einen Vorschlag ausarbeiten muss, der unserem Bundesgericht neu ermöglichen soll, Bundesgesetze zu korrigieren, falls diese – nach Ansicht der Richter – der Verfassung widersprechen. Damit würden die Volksrechte ausgehebelt: Nicht mehr das Volk hätte das letzte Wort, sondern die Richter. Faktisch würde das bedeuten, dass unsere Gesetze durch die Gerichte «EU-konform» gemacht werden.

Fazit: Während unsere Bevölkerung denkt, ein EU-Beitritt der Schweiz sei kein Thema mehr, sieht die Realität leider anders aus. **Der Beitritt wird von Bundesbern «durch die Hintertüre» angestrebt:** Systematisch werden EU-Bestimmungen übernommen. Ziel ist, alle Beitritts-Hindernisse zu beseitigen, um der Bevölkerung eines Tages sagen zu können, die Unterschiede zur EU seien so klein geworden, dass man ebenso gut beitreten könne...

4. Kommentar – Wer solche Freunde hat, braucht keine Feinde mehr

(Handelszeitung vom 18.3.2009)

Die Art, wie sie mit der Schweiz und Liechtenstein umgehen, zeigt das wahre Gesicht der deutschen Regierung und der EU-Spitze: Da geht es nicht um Partnerschaft unter Freunden. Da geht es um Erpressung und rohe Machtausübung gegenüber souveränen Staaten. Das ist **ein Wirtschaftkrieg von mächtigen Hochsteuerländern gegen steuerlich attraktive und reiche Kleinstaaten.**

Dass der deutsche Finanzminister Peer Steinbrück die Schweizer indirekt mit Indianern vergleicht, denen man mit der Kavallerie drohen müsse, passt ebenso in dieses Bild wie seine deplazierte Aussage, dass man gegen die Schweiz nicht nur mit Zuckerbrot, sondern auch mit der Peitsche vorgehen müsse. Hat Steinbrück vergessen, dass die Indianer fast ausgerottet wurden? Noch weniger Sensibilität für Geschichte als die Entgleisung des Regierungsmitglieds Steinbrück verrät nur noch die Aussage von Ex-SPD-Chef Franz Müntefering über Steuer-oasen, wonach man dort früher Soldaten hingeschickt hätte.

Für die Schweiz ergeben sich **zwei Erkenntnisse. Erstens: Wer jetzt noch ernsthaft eine EU-Mitgliedschaft der Schweiz in Betracht zieht, ist zur politischen Selbstaufgabe bereit und neigt zu Masochismus. Zweitens: Die Schweizer Aussenpolitik ist neu auszurichten.** Derzeit steckt die Schweiz mit ihren wichtigsten Handelspartnern, Deutschland/EU und den USA, in gravierenden Auseinandersetzungen, denen sie nicht gewachsen ist. Statt sich um Konflikte in Nahost, Afrika und Korea zu kümmern, muss die Schweizer Diplomatie jetzt Prioritäten setzen und ihre Kräfte darauf fokussieren, ihr sträflich vernachlässigtes Lobbying gegenüber den Handelspartnern EU und USA sowie in Asien rasch massiv zu verstärken.

5. Staatsfinanzen auf gefährlichem Pfad

Die Wirkung der weltweit angelaufenen Konjunkturstimulierungspakete ist schwierig zu prognostizieren, sowohl in quantitativer als auch in zeitlicher Hinsicht. Ganz sicher hingegen ist die dadurch mitverursachte Aufblähung der Staatsschulden. Auch wenn eine kurzfristige Stimulierung der Wirtschaft angebracht ist, müssen langfristig die Staatsfinanzen wieder auf eine gesunde Basis gestellt werden, denn **ohne Verpflichtung auf finanzpolitische Nachhaltigkeit sind weder stabile Finanzmärkte noch ein gesundes Wirtschaftswachstum zu haben.**

Die Schweiz mit ihrer exportorientierten Wirtschaft und einem sehr kleinen Binnenmarkt ist deshalb direkt abhängig von der langfristig gesunden Basis der Staatsfinanzen der massgeblichen Industriestaaten und Abnehmerländer. **Was die EU und die USA betrifft, sieht es schlecht aus:**

EU: Die EU Staaten haben sich im Stabilitätspakt von 1997 den sogenannten «Maastricht-Kriterien» verpflichtet, das heisst die Neuverschuldung darf maximal 3% des Bruttoinlandproduktes betragen. Kürzliche Prognosen zeigen nun allerdings ein ausserordentlich düsteres Bild auf (vgl. Kasten). Dabei rechnet man für Ende 2010 für die ganze EU mit dem Anwachsen der Staatshaushaltssaldi auf 7,3% des Bruttoinlandproduktes (BIP). Spanien – 9,8%, Grossbritannien – 13,8%. Diese Prognosen werden zudem die **Europäische Währungsunion vor eine ZerreiBprobe** stellen, da die Stützung der Schwachwährungsländer durch die starken Länder zu fatalen Verzerrungen führt.

USA: Für die USA wird bis 2011 ein Anstieg der Staatsschulden auf 70% des Bruttoinlandproduktes prognostiziert. Allein für das Jahr 2009 sieht die Administration Obama ein Budgetdefizit von knapp 2.000.000.000.000.– \$ vor (2000 Milliarden \$!) – Die wachsende Staatsverschuldung und die Aufforderung Obamas, die Gewinne ausländischer Sitze von amerikanischen Unternehmen ins eigene Land zu führen, schwächen die zwei wesentlichen Ausgleichselemente der Weltmacht (1. Niedrige Staatsverschuldung und 2. Hohe Aktivbilanz der US Investitionen im Ausland).

Schätzungen und Prognosen für die EU (Auswahl)			
	Saldo Staatshaushalt (% BIP)		
	2008	2009	2010
Euro-Zone	-1.9	-5.3	-6.5
EU-27 (ganze EU)	-2.3	-6.0	-7.3
Deutschland	-0.1	-3.9	-5.9
Frankreich	-3.4	-6.6	-7.0
Grossbritannien	-5.5	-11.5	-13.8
Italien	-2.7	-4.5	-4.8
Österreich	-1.4	-4.2	-5.3
Polen	-3.9	-6.6	-7.3
Spanien	-3.8	-8.6	-9.8

Damit werden **stabile Finanzmärkte und ein gesundes Wirtschaftswachstum gefährdet**, ein Alarmzeichen angesichts der weltweiten Wirtschaftsabhängigkeit der USA.

Deutschland, der bedeutendste Handelspartner der Schweiz, befindet sich gleich nach den USA exakt auf diesem gefährlichen Pfade der exponentiell zunehmenden Staatsverschuldung und der Forderung, die Gewinne von deutschen Unternehmen mit Sitz in der Schweiz nach Deutschland zurück zu führen. Zudem will offenbar in unserem nördlichen Nachbarland eine Mehrheit in der Regierungskoalition um jeden Preis mit spektakulären Rettungsaktionen Wahlkampf führen. Die Liste der renommierten Firmen, welche den Staat um Hilfe bitten, wird immer länger:

- Staatshilfe ganz oder teilweise zugesagt: HEIDELBERG, OPEL, WADAN YARDS
- Staatshilfe beantragt: SCHAEFFLER GRUPPE (Conti, FAG), ARCANDOR, PORSCHE, IVECO, INFINEON, IVG IMMOBILIEN
- Insolvent: MÄRKLIN, SCHIESSER, ROSENTHAL

**WER GLAUBTE ES
GEHE LEDIGLICH UMS
BANKKUNDEN-GEHEIMNIS
SIEHT SICH (ERWARTUNGS-
GEMÄSS) GETÄUSCHT!**

Es geht viel mehr darum, dass die Schweiz (Staat, Unternehmen, Private, Institutionen) zur Sanierung defizitärer ausländischer Staatshaushalte herangezogen wird. Dazu scheint im globalen Wirtschaftskrieg offenbar jedes Mittel recht.

Mit dem Schicksal dieser oben genannten Firmen ist allein in Deutschland die Erhaltung von 152 610 Arbeitsplätzen verbunden.

Die Schweiz steht in diesem globalen Umfeld vor einer mehrfachen Herausforderung. Einerseits muss auch unseren Staatsfinanzen mit Blick auf die Wünsche nach Konjunkturstützungsprogrammen und im Hinblick auf die sich abzeichnenden erheblichen Steuerausfälle der nächsten Jahre sehr Sorge getragen werden. Andererseits muss den vielfältigen, immer dreisteren Forderungen jener Staaten entgegen getreten werden, welche versuchen ihr selbstverschuldetes Staatsdefizit auf Kosten der Schweiz zu sanieren (im Steinbrückschenschen Jargon: Stoppen des Plünderungsfeldzuges auf unser Land).

6. Mitgliederversammlung 11. November 2008: Wahl von Grossrat Thierry Burkart zum zweiten Vizepräsidenten, jährliche Wiederwahl des Co-Präsidiums

An der ordentlichen Mitgliederversammlung vom 11. November 2008 im Gasthof Ochsen in Lupfig konnten alle statutarischen Geschäfte speditiv abgewickelt werden und wurde den Anträgen des Vorstandes einstimmig zugestimmt:



- Das Protokoll der Ordentlichen Mitgliederversammlung vom 8. November 2007 wurde genehmigt.
- Der Tätigkeitsbericht 2007 und 2008 wurde genehmigt.
- Genehmigung der Jahresrechnung 2007 und des Berichtes der Revisionsstelle.
- Entlastung des Präsidiums und der Vorstandsmitglieder.
- Wiederwahl der THV AG, Aarau, als Revisionsstelle.
- Wahl von Grossrat Thierry Burkart, Baden, zum zweiten Vizepräsidenten
- Das Co-Präsidium wurde für ein weiteres Jahr bestätigt gemäss Art. 23, Absatz 3 der Statuten.

Thierry Burkart,
Grossrat, Baden,
2. Vizepräsident

Co-Präsidium (jährliche Wiederwahl)

Vorname	Name		Ort	Partei	Vorname	Name		Ort	Partei
Dr. Willy	Loretan	a. Ständerat	Zofingen	FDP	Alex	Hürzeler	Grossrat	Oeschgen	SVP
Dr. Maximilian	Reimann	Ständerat	Gipf-Oberfrick	SVP	Jörg	Hunn	Grossrat	Riniken	SVP
Dr. Thomas	Pfisterer	a. Ständerat	Aarau	FDP	Dr. Rudolf	Jost	Grossrat	Villmergen	FDP
Ernst	Hasler	Regierungsrat	Strengelbach	SVP	Dr. Rainer	Klöti	Grossrat	Auenstein	FDP
Dr. Jean Henri	Dunant	Nationalrat	Basel	SVP	Hansjörg	Knecht	Grossrat	Leibstadt	SVP
Esther	Egger-Wyss	Nationalrätin	Kirchdorf	CVP	Ueli	Kohler	Grossrat	Baden	SVP
Corina	Eichenberger	Nationalrätin	Kölliken	FDP	Regina	Lehmann-Wälchli	Grossrätin	Reinau	SVP
Theo	Fischer	a. Nationalrat	Häggingen	SVP	Thomas	Lüpold	a. Grossratspräsident	Möriken	SVP
Sylvia	Flückiger	Nationalrätin	Schöffland	SVP	Marianna	Mattenberger	Grossrätin	Birr	SVP
Lieni	Füglistaller	Nationalrat	Rudolfstetten	SVP	Andrea	Moll-Reutercrona	Grossrätin	Fenkrieden	FDP
Ulrich	Giezendanner	Nationalrat	Rothrist	SVP	Dr. Bernhard	Scholl	Grossrat	Möhlin	FDP
Walter	Glur	Nationalrat	Glashütten	SVP	Milly	Stöckli-Ammann	Grossrätin	Muri	SVP
Markus	Hutter	Nationalrat	Winterthur	FDP	Dr. Jürg	Stüssi-Lauterburg	Grossrat	Windisch	SVP
Hans	Killer	Nationalrat	Untersiggenthal	SVP	Erich	Vögeli	a. Grossrat	Kleindöttingen	SVP
Filippo	Leutenegger	Nationalrat	Zürich	FDP	Peter	Wehrli	Grossrat	Küttigen	SVP
Ueli	Maurer	Nationalrat	Wernetshausen	SVP	Therese	Bachofen	ehem. Grossrätin	Rothrist	
Philipp	Müller	Nationalrat	Reinach AG	FDP	Dora	Bärtschi	ehem. Grossratspräsidentin	Böttstein	
Walter	Müller	Nationalrat	Azmoos	FDP	Josef	Baur	ehem. Grossrat	Villmergen	
Gerhard	Pfister	Nationalrat	Oberägeri	CVP	Bruno	Bertschi	ehem. Grossrat	Wohlen	
Ulrich	Schlüer	Nationalrat	Flaach	SVP	Harry	Burgherr	ehem. Grossrat	Rothrist	
Luzi	Stamm	Nationalrat	Baden	SVP	Patrick	Fischer	ehem. Grossrat	Bremgarten	
Hansruedi	Wandfluh	Nationalrat	Frutigen	SVP	Ernst	Frey	ehem. Grossratspräsident	Kaiseraugst	
Adrian	Ackermann	Grossrat	Kaisten	FDP	Paul	Friedli	ehem. Grossrat	Wohlenschwil	
Martin	Bhend	Grossrat	Oftringen	EVP	Reinhard	Gloor	ehem. Grossratspräsident	Birr	
Gregor	Biffiger	Grossrat	Berikon	SVP	Walter	Hagenbach	ehem. Grossrat	Würenlos	
Thomas	Bodmer	a. Grossrat	Wettingen	SVP	Hans	Hagenbuch	ehem. Grossrat	Oberlunkhofen	
Alfred	Böni	Grossrat	Möhlin	SVP	Matthias	Häusermann	ehem. Grossrat	Seengen	
Dr. Andreas	Brunner	Grossrat	Unterentfelden	CVP	Leodegar	Huber	ehem. Grossrat	Birri-Aristau	
Hans Ulrich	Bühler	Grossrat	Stein	FDP	Walter	Hunkeler	ehem. Grossrat	Wettingen	
Hans	Bürge	a. Grossratspräsident	Safenwil	EVP	Werner	Indermühle	ehem. Grossrat	Zurzach	
Thomas	Burgherr	Grossrat	Wülbergl	SVP	René	JeanRichard	ehem. Grossrat	Lenzburg	
Patrick	Burgherr	Grossrat	Rheinfelden	CVP	Ulrich	Jehle	ehem. Grossrat	Etzgen	
Thierry	Burkart	Grossrat	Baden	FDP	Rainer	Kaufmann	ehem. Grossrat	Ruppertswil	
Hans	Dössegger	Grossrat	Seon	SVP	Dr. Ernst	Kistler	ehem. Grossrat	Brugg	
Irène	Dössegger	Grossrätin	Seon	SVP	Daniel	Knecht	ehem. Grossrat	Windisch	
Oliver	Flury	Grossrat	Lenzburg	SVP	Markus	Kunz	ehem. Grossrat	Frick	
Walter	Forrer	Grossrat	Oberkulm	FDP	Maurice	Perrinjaquet	ehem. Grossrat	Menziken	
Roger	Fricker	Grossrat	Oberhof	SVP	Erwin	Plüss	ehem. Grossrat	Rothrist	
Pascal	Furer	Grossrat	Staufen	SVP	Rudolf	Scheibler	ehem. Grossrat	Unterentfelden	
Benjamin	Giezendanner	Grossrat	Rothrist	SVP	Kurt	Schmid	ehem. Grossrat	Lengnau	
Andreas	Glarner	Grossrat	Oberwil-Lieli	SVP	Josef	Senn	ehem. Grossrat	Döttingen	
Urs	Haeny	Grossrat	Oberwil-Lieli	FDP	Rolf	Urech	ehem. Grossrat	Hallwil	
Dr. Daniel	Heller	Grossrat	Erlinsbach AG	FDP	Werner	Vogt	ehem. Grossratspräsident	Villigen	
Fett	= Neumitglieder								

7. Öffentliche Veranstaltung vom 11. November 2008 im Anschluss an die Mitgliederversammlung

In seinen einleitenden Ausführungen skizzierte **Präsident Otto Suhner** das Bild einer nicht gerade rosigen wirtschaftlichen Lagebeurteilung und der grossen Abhängigkeit Europas von den Ereignissen in USA (Heute wissen wir, dass diese Wirtschaftsprognosen in der Zwischenzeit mehrmals drastisch nach unten korrigiert werden mussten!). Weiter führte er dazu wörtlich aus:

«Letztlich waren es Naivität, Unbekümmertheit und eine unrealistische Wachstumsgläubigkeit, welche zum Debakel führte.

Das war bereits vor 5 Jahren absehbar und es darf an die Anführungen von Daniel Knecht, Unternehmer und Vorstandsmitglied von PERSPECTIVE CH in unserem NEWSLETTER vom Juni 2003 erinnert werden.

Meine Damen und Herren, wenn es nur mit einem 1 bis 2-jährigen Null- oder kleinem Negativ-Wachstum für uns abgeht, meine ich, ist das mehr als noch glimpflich abgelaufen! Es darf daran erinnert werden, dass die heutigen Staatsverschuldungen (allen voran USA aber auch Deutschland) ungeahnte Höhen erreichen, welche im Vergleich 1929 (Beginn Weltwirtschaftskrise) übertreffen und die weltweiten, vielfach fremdfinanzierten, industriellen Investitionen in Überkapazitäten uns täglich vor Auge geführt werden. Und auch die nun laufende Geldmengenausweitung lässt wenig Gutes erahnen.

Weltwirtschaftskrise? – Oder Aufschwung gleich um die Ecke?

EINE ERNST ZU NEHMENDE
WIRTSCHAFTLICHE LAGEBEURTEILUNG
(Juni 2003, Daniel Knecht, Präsident AIHK,
Vorstandsmitglied P-CH)

- Schuldenpyramiden
 - STAATSVerschuldung
 - RENTENSYSTEME
- Überinvestitionen
 - Überkapazitäten
 - finanziert mit Fremdkapital
- Rascher Auftritt neuer Konkurrenten
 - China
 - Indien
- Kompetitive Abwertung
 - Tiefe Zinsen
 - Geldmengepolitik

ZUM NACHDENKEN!

KOMMUNISMUS:

Der Staat enteignet gut gehende Unternehmen ohne dafür zu bezahlen.

KAPITALISMUS:

Der Staat übernimmt (saniert) marode Firmen und wir bezahlen dafür.

In den letzten Wochen wird immer wieder die **«Realwirtschaft»** da und dort auch als stabilisierender Hoffnungsträger zitiert. – Ja was ist oder war dann das andere? War's die **«irreale Wirtschaft»** der Wall Street und im Gefolge der Bahnhofstrasse, welche allein in der Zeit von Mitte September bis Mitte Oktober 08 10.900 Milliarden USD Werte an den Weltbörsen vernichtete? Und damit auch AHV und Pensionskassengelder? – **Nein, es gibt keine unabhängig vom Finanzdienstleistungssektor operierende «Realwirtschaft»: Die gegenseitigen Abhängigkeiten und Vernetzungen sind unausweichlich. Auch in der Schweiz: Finanzplatz und Werkplatz sind aufeinander angewiesen.»**

DREI NEUGEWÄHLTE NATIONALRÄTINNEN NEHMEN STELLUNG ZU AKTUELLEN THEMEN

Die 3 Aargauer Nationalrätinnen engagieren sich für die Liberalisierung und verbesserung der staatlichen Rahmenbedingungen für den Wirtschaftsstandort Schweiz und nahmen Stellung zu hochaktuellen Themen

Nationalrätin Esther Egger

(Mitglied der Finanzkommission)

THEMA: FINANZPOLITIK: STEUERGELDER FÜR UNSERE BANKEN?

Nationalrätin Corina Eichenberger

(Mitglied der GPK und der Sicherheitspolitischen Kommission)

THEMA: SICHERHEITSPOLITIK: WIE WEITER IM VBS UND IN DER SICHERHEITSPOLITIK?

Nationalrätin Sylvia Flückiger

(Mitglied der WAK (Wirtschafts- und Abgabenkommission),
Vizepräsidentin Aargauischer Gewerbeverband)

THEMA: MEHRWERTSTEUERREFORM: ERLEICHTERUNGEN FÜR KMU?

In allen drei Referaten bezogen die engagierten Politikerinnen klar Stellung zu den aktuellen Themen und beantworteten kompetent eine Reihe von Fragen aus dem Publikum. Zum Schluss bot sich den drei Nationalrätinnen Gelegenheit in einer Befragungsrunde die von PERSPECTIVE CH empfohlenen Regierungsratskandidaten **Alex Hürzeler** und **Luzi Stamm** «in die Zange genommen».

Wir danken den 3 eidgenössischen Parlamentarierinnen für ihr Engagement und gratulieren Herrn Alex Hürzeler zu seiner überzeugenden Wahl in den aargauischen Regierungsrat. (Vergleiche dazu im Übrigen die detaillierte Berichterstattung im **beiliegenden Pressespiegel**.)

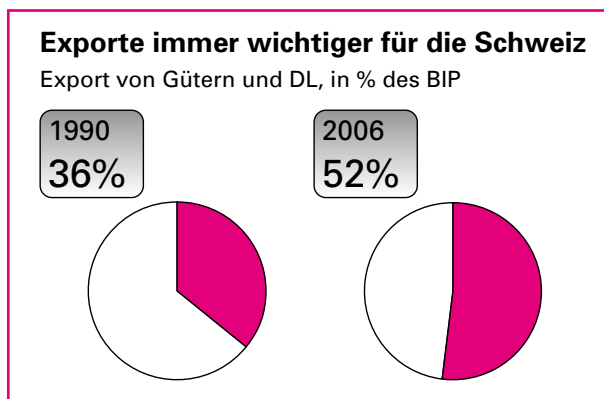


8. Öffentliche Veranstaltung von PERSPECTIVE CH zusammen mit der AARGAUISCHEN INDUSTRIE- UND HADELSKAMMER, 12. Mai 2009 in Lupfig

WIRTSCHAFTLICHE AUSGANGSLAGE:

Die Weltwirtschaft befindet sich 2009 in einer der schwersten Krisen seit dem 2. Weltkrieg. Die Situation wird wohl noch bis weit ins 2010 andauern und hat eine Reihe von Unternehmen ganz arg durchgeschüttelt. Auch mit unterschiedlichen Auswirkungen. Wie kam es dazu? Welche Auswirkungen hat das auf die Schweiz?

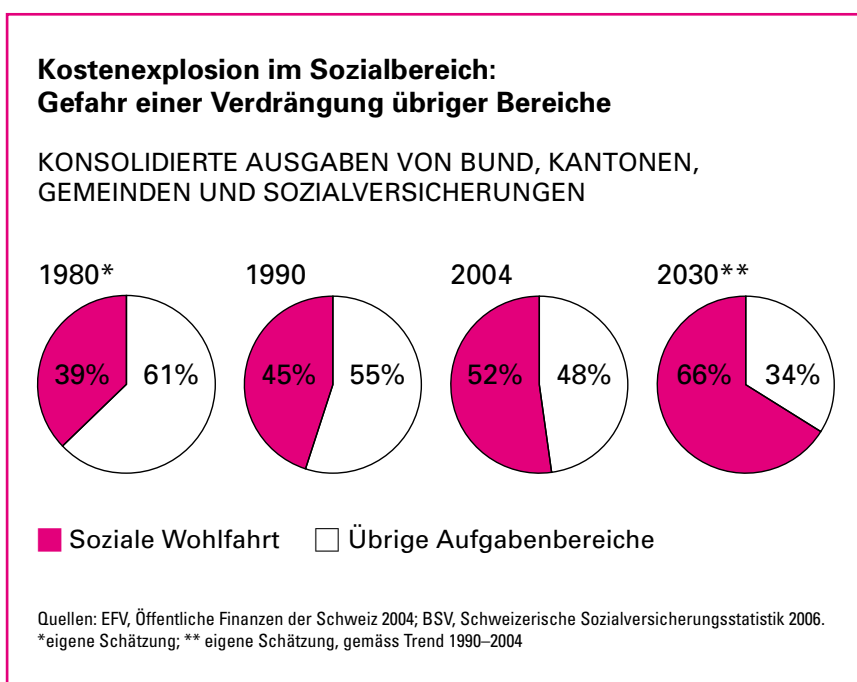
- Der Anteil der USA am weltweiten Bruttosozialprodukt ist immer noch grösser als z. B. China + Japan + Deutschland zusammen. Und diese Wachstumslokomotive für die Weltwirtschaft, eben die USA, hat sich in ernsthafte Probleme hinein manövriert.
- Der Bestand an verbrieften Forderungen der USA hat ein gewaltiges Ausmass von rund 12 000 Mrd. USD erreicht. Forderungen in der Form von Hypotheken, Kreditkarten, Unternehmen, Auslandsforderungen etc. Kurz: Die laufende, fast exponentielle Zunahme der Verschuldung der weltweit grössten Volkswirtschaft.
- Für unsere eigene Volkswirtschaft kommt dazu, dass in eben diesem zunehmend vernetzten Umfeld unsere Abhängigkeit vom Export stark zugenommen hat und
- die Aussichten für $\frac{2}{3}$ unseres Absatzmarktes, nämlich den EU-Raum, sehr ungünstig sind.
- In der Autozulieferungsindustrie, der Metallverarbeitung und im Maschinenbau sind bereits im Januar/Februar 2009 gegenüber den Vorjahresmonaten die Auftragseingänge um 40–50% eingebrochen.
- Für die in der Infrastrukturentwicklung im weitesten Sinne tätigen Firmen gibt es eine durchaus optimistische Beurteilungsvariante, welche davon ausgeht, dass die massgebenden Regierungen dieser Welt zur Ankurbelung der Konjunktur unvorstellbare Mittel in Infrastrukturprojekte gesteckt haben oder noch stecken werden. Allerdings: Die öffentliche Hand hat sich in den letzten Monaten dermassen rasch und zum Teil auch unvorsichtig verschuldet, dass in Kürze keine Mittel mehr übrig bleiben für irgendwelche Stützungs-massnahmen (pessimistische Lagebeurteilung).
- Dazu kommen die hausgemachten Probleme der Schweiz: Die stark gestiegene Fiskalquote, d. h. der stark gestiegene Staatanteil am Bruttosozialprodukt in den letzten 15 Jahren erweist sich als Hindernis genauso wie die Kostenexplosion im Sozialbereich, welche bei Bund, Kantonen und Gemeinden die Gefahr einer Verdrängung der übrigen Bereiche nach sich zieht.



Angesichts dieser gewaltigen Herausforderungen muss festgestellt werden, dass uns ein EU-Beitritt nicht nur ein Jota weiterhelfen würde.

Nein, erst recht heute sind es Werte wie Souveränität, Freiheit und Unabhängigkeit der Schweiz, eine weltweite und aktive Aussenwirtschaftspolitik unseres Landes und die wirkungsvolle und fortschreitende Verbesserung der staatlichen Rahmenbedingungen für den Wirtschaftsstandort Schweiz, welche uns weiterbringen werden.

Vor diesem Hintergrund führte PERSPECTIVE CH am vergangenen 12. Mai gemeinsam mit der AIHK in Lupfig eine öffentliche Veranstaltung durch, mit dem Ziel zu orientieren über aktuelle Wirtschaftsthemen wie:



- WIRTSCHAFTSLAGE: Zukunft und Chancen des Werk- und Finanzplatzes Schweiz?
- ARBEITSPLATZ: In welchem Umfange lassen sich Arbeitsplätze sichern?
- ÖFFENTLICHE HAND: Genügen die Impulsprogramme und Massnahmen?
- ZUKUNFTSSZENARIEN: Wie geht es weiter? 2009? 2010?

EINFÜHRUNGSREFERAT:

Eröffnet wurde der Anlass im «Ochsen Lupfig» durch Otto Suhner (Präsident PERSPECTIVE CH) gefolgt von **Daniel Knecht (Präsident der AIHK)** mit seinem pointierten Statement «Wir sind entschlossen die Krise zu meistern!»

Anschliessend führte Nationalrat **J. Schneider-Ammann** ins Thema ein mit seinem Referat «HERAUSFORDERUNGEN AN WIRTSCHAFT UND STAAT: ARBEITSPLÄTZE SCHAFFEN UND SICHERN». Der Referent (CEO der Ammann Gruppe, Präsident Swissmem und Vizepräsident der economiesuisse) hielt zu Beginn fest, dass letztlich unser Ziel die Vollbeschäftigung sein müsse. Dies sei die Grundlage für den sozialen Frieden. In der Maschinenindustrie rechne er allerdings mit einem Anstieg der Arbeitslosigkeit auf gegen 8%. Weiter hielt J. Schneider-Ammann fest, dass es schlussendlich die einzelnen Unternehmen sind welche bewirken, dass es uns in der Schweiz gut geht und dass mit Partnerschaften, Kosteneffizienz und Innovation viel erreicht werden kann.

UNTERNEHMER ÄUSSERN SICH ZU WIRTSCHAFTSRELEVANTEN FRAGEN

Im zweiten Teil des Abends standen zusammen mit Nationalrat Schneider-Ammann 10 Unternehmer der Region dem Publikum Red und Antwort zu wirtschaftsrelevanten Fragen. Und dies nicht in der Form eines Vortrages oder als Podiumsdiskussionsteilnehmer sondern jeweils 3 x 20 Minuten an den einzelnen Tischen im direkten Gespräch mit den anwesenden Interessenten. Diese «organisierte Stammtischrunde» bot Gelegenheit, abwechselungsweise direkt mit den Unternehmern ins Gespräch zu kommen und in offener Diskussion den Gedankenaustausch zu pflegen:

MASCHINENINDUSTRIE:	Johann N. Schneider-Ammann , CEO der AMMANN-Gruppe, Präsident SWISSMEM Otto Suhner , Präsident und Delegierter KABELWERKE BRUGG AG und Firmen SUHNER, Präsident Perspective CH Veith Lehner , Unternehmer, Vizepräsident AIHK
BANKEN:	Heinz Sager , Geschäftsleitungsmitglied der NEUEN AARGAUER BANK Myriam Burtcher , Direktorin UBS, Leiterin Marktgebiet Aargau
TRANSPORT / LOGISTIK:	Dr. Hans-Jörg Bertschi , Unternehmer BERTSCHI AG Dürrenäsch, Transportunternehmen Stéphane Meyer , Präsident und Delegierter der LAGERHÄUSER AARAU
BAU:	Daniel Knecht , Unternehmer Knecht Bau AG Brugg, Präsident AIHK André Crelier , Geschäftsführer Hächler AG, Wettingen, Vorstandsmitglied Aarg. Baumeisterverband
HANDEL:	Herbert Bolliger , Präsident Generaldirektion Migros-Genossenschaftsbund

VIELBEACHTETE STATEMENTS UND POSITIVE PRESSEKOMMENTARE

Rund 120 Interessierte fühlten sich angesprochen und liessen sich in Lupfig informieren. Mehr als einmal an diesem Abend wurden die Unternehmer aufgerufen, jetzt zu investieren und die Konsumenten zu konsumieren (**vgl. Pressespiegel**).



9. Publikationen

Die folgenden Publikationen können bei unserem Sekretariat bezogen werden (Selbstkosten). Im Weiteren machen wir auf unseren wirtschaftspolitischen **Informationsdienst** aufmerksam. Unsern Mitgliedern stellen wir auf Anfrage entsprechende Unterlagen und Dokumentationen zur Verfügung.



Prof. Dr. Eduard Stäubli († 2009) zeigt den Erosionsprozess, welchem unsere Volksrechte ausgesetzt sind

CHF 5.–



Dokumentation der Gesprächsreihen zum Thema unserer Armee

CHF 20.–



Eine profunde Analyse der Schuldenkrise der USA und Europas

CHF 5.–

10. Mitgliederwerbung

Sind das auch Ihre Anliegen?

- Souveränität, Freiheit und Unabhängigkeit der Schweiz und ihrer Bevölkerung.
- Eine weltoffene und aktive Aussenwirtschaftspolitik unseres Landes.
- Die wirkungsvolle und fortschreitende Verbesserung der staatlichen Rahmenbedingungen für den Werk- und Finanzplatz Schweiz.
- Alternativen zur abzulehnenden Vollmitgliedschaft der Schweiz in einer EU gemäss den Maastrichter Verträgen.



Forum für Weltoffenheit und Souveränität

Dann sind wir auf Ihre Unterstützung angewiesen!

Hier abtrennen

Beitrittserklärung zu PERSPECTIVE CH gemäss den beiliegenden Grundsatzserklärungen

Name, Vorname: _____

Genauere Anschrift: _____

PLZ/Ort: _____

- Jahresbeiträge:
- Fr. 50.– für Privatpersonen
 - Fr. 100.– für juristische Personen, Firmen, Betriebe und Verbände
 - ab Fr. 200.– für Gönner

Freiwillige Spenden willkommen!

Allenfalls fakultative Zusatzinformation: Alter: _____ Beruf, Stellung: _____

Politische Mandate: _____
(eidg./kantonal/kommunal)

Postanschrift: PERSPECTIVE CH
Postfach 2111
5001 Aarau

Telefon: 056 464 28 49
Fax: 056 464 28 35

Bankverbindung: Neue Aargauer Bank
5001 Aarau
PC 50-1083-6
KK 529798-81